

Start des Regelbetriebs

[15.04.2011] Die einheitliche Behördenrufnummer 115 geht nach zweijähriger Pilotphase in den Regelbetrieb über. Inzwischen können mehr als 15 Millionen Bundesbürger den direkten Draht zur Verwaltung nutzen.

Im Rahmen einer zweijährigen Pilotphase in Modellregionen hat sich die einheitliche Behördenrufnummer 115 als direkter Draht zur Verwaltung bewährt und ist gestern (14. April 2011) planmäßig in den Regelbetrieb gestartet. Wie das Bundesministerium des Innern (BMI) mitteilt, können mittlerweile rund 15,3 Millionen Bürger in sieben Bundesländern die 115 nutzen. Der Kreis der Modellregionen sei im Laufe der Erprobungsphase stark gewachsen. Mittlerweile beteiligen sich 30 kreisfreie Städte und Landkreise mit ihren kreisangehörigen Kommunen, sieben Länder und 21 Bundesbehörden an dem Serviceangebot. Die Bundesverwaltung plane zudem, bis Ende 2011 mit allen rund 75 Behörden und Institutionen am D115-Service teilzunehmen. Zum Start des Regelbetriebs stellte das BMI auch seinen Abschlussbericht zum Projekt D115 inklusive einer Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach vor. Demnach stößt die einheitliche Behördenrufnummer bei 83 Prozent der befragten Bürger auf Zustimmung. Der Abschlussbericht zeigt laut BMI außerdem, dass die 115 erhebliche wirtschaftliche Entlastungseffekte für die Verwaltungen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene bietet. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich: „Die 115 ist ein Beispiel für eine gelungene verwaltungsübergreifende Kooperation. Nachdem die Pilotphase nun beendet ist, geht es darum, die 115 als qualitativ hochwertigen Bürgerservice bundesweit zu etablieren.“ Auch Sachsen-CIO Wilfried Bernhardt lobte: „Die 115 ist eine wichtige Komponente im Aufbau einer modernen, bürgernahen Verwaltung.“ Die kommunalen Spitzenverbände äußerten sich ebenfalls positiv und warben für die Mitwirkung am D115-Verbund. „Mit der 115 werden Dienstleistungen der Städte, Kreise und Gemeinden, der Länder und des Bundes noch einfacher telefonisch erreichbar“, so die Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Stephan Articus, Professor Hans-Günter Henneke und Gerd Landsberg. Der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund (NSGB) übte dagegen erneut Kritik an dem Projekt. „Weder die Bürgerinnen und Bürger, noch die Städte und Gemeinden in Flächenstaaten wie Niedersachsen brauchen den Behördenruf 115 auf regionaler Ebene. In allen Fragen, die unsere Bürger haben, werden sie bei den Kommunen besser und günstiger bedient“, erklärte der Präsident des NSGB, Rainer Timmermann. Ein weiterer Kritikpunkt des NSGB sind die Kosten, die für einen Anruf über die 115 anfallen. Das BMI hat angekündigt, dass die Tarife für 115-Anrufe voraussichtlich bis Ende 2011 sinken werden.

(bs)

Stichwörter: 115, 115, Bundesministerium des Innern (BMI), Hans-Peter Friedrich, Wilfried Bernhardt, Niedersächsischer Städte- und Gemeindebund (NSGB), Rainer Timmermann